

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/178

Bonn, den 19. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Freunde</u>	22
	Zum Besuch des niederländischen Ministerpräsidenten und Außenministers	
7	<u>Streit zwischen CDU und CSU?</u>	21
	Stücklens neues Verteidigungskonzept für Europa	
1a	<u>Kanzler forscht nicht</u>	30
	Dr. Eppler und die Meldung eines Nachrichtenmagazins	
2 - 3	<u>Erfahrungen und Erfahrungsaustausch</u>	70
	Wenn Parlamentarier reisen...	
	Von Wolfgang Schwabe, MdB	
4 - 5	<u>Mauno Koivisto</u>	89
	Vom Hafenarbeiter zum Ministerpräsidenten Finnlands	
	Von Friedrich Ege, Helsinki	
	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u>	
	"Tiefe Besorgnis" über die Enzyklika	
	Kampf gegen Vorurteile	
	Von Rudolf Maerker	
	Nachterbeit in Bayern	
	Versicherungsschutz für behinderte Jugendliche	
	Sozialdemokratische Frauen in Madagaskar	
	Personalien	

*

*

*

Freunde

Zum Besuch des niederländischen Ministerpräsidenten und Außenministers

sp - Der Besuch des niederländischen Ministerpräsidenten Piet de Jong und seines Außenministers Joseph Luns in Berlin und Bonn ist gerade jetzt mehr als eine freundschaftliche Geste. Die Regierung der Bundesrepublik wird in zunehmendem Maße von Moskau und besonders von Ostberlin beschuldigt, sie wolle durch ihre Politik der Entspannung einen Keil zwischen die Staaten des Warschauer Paktes treiben und müsse daher als "kriegslüsternd und revanchistisch" betrachtet werden. Die Hartnäckigkeit, mit der diese Behauptungen in der ganzen Welt verbreitet werden, läßt darauf schließen, daß man in Moskau - aus welchen Gründen auch immer - ein Interesse daran hat, die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Ost- und Westeuropa zu verhindern. Auf der anderen Seite ist Moskau gerade in den letzten Wochen bemüht, in allen westeuropäischen Staaten und auch in Skandinavien einen gesitteten, friedliebenden und harmlosen Eindruck zu machen. - Umso erfreulicher ist es, daß die niederländische Regierung gerade jetzt feststellt, sie sei in allen entscheidenden Fragen der internationalen Politik mit der Bundesrepublik Deutschland solidarisch. Auch die Niederlande waren ein Opfer des Aggressionskrieges Hitlers. Unsere Nachbarn wurden eines der ersten Opfer der Wahnsinnspolitik des "Dritten Reiches". Aber gerade deswegen ist die Stimme der niederländischen Regierung umso gewichtiger; sie straft jene Lügen, die uns Deutschen die Rolle eines ewigen Störenfrieds zuspielen wollen.

+ + +

Streit zwischen CDU und CSU?

Stücklens neues Verteidigungskonzept für Europa

sp - Der frühere Bundesminister und jetzige Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stücklen, hat am Mittwoch durch den Pressediens seiner Partei eine Erklärung verbreiten lassen, in der es heißt, die Bundesrepublik müsse eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit der Nuklearmacht Frankreich, die den Sperrvertrag nicht unterzeichnet, betreiben. "wobei wir gewiß keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstreben, aber doch schon im Stadium einer Staatenunion eine verbindliche, koordinierte Strategieplanung haben müßten". - Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender Kiesinger dagegen fordert die Stärkung der NATO. Beides mit einander zu verbinden - die Forderung Stücklens und die Forderung Kiesingers - dürfte wohl deshalb schwierig sein, weil Frankreich bekanntlich aus dem militärischen NATO-Bündnis ausgetreten ist und de Gaulle sich auch weiterhin weigert, französische Truppen unter das NATO-Oberkommando zu stellen. Die Bundesrepublik dagegen will selbstverständlich im NATO-Verband bleiben, weil sie in der engen Zusammenarbeit mit den NATO-Verbündeten zur Zeit die beste Möglichkeit für eine wirkungsvolle westliche Verteidigung erblickt. - Man darf gespannt sein, wie dieser Widerspruch in den Auffassungen der politischen und fraktionellen Gemeinschaft CDU/CSU aufgelöst werden kann. Oder wollte Herr Stücklen nur einmal versuchen, seiner CSU-Landesgruppe etwas "Profil" zu geben?

+ + +

Kanzler forscht nicht

Dr. Eppler und die Meldung eines Nachrichtenmagazins

sp - Dieser Tage meldete ein deutsches Nachrichtenmagazin, Bundeskanzler Kiesinger habe "sein Amt beauftragt", eine Dokumentation der außenpolitischen Äußerungen des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dr. Eppler zusammenzustellen, nachdem dieser von der SPD als Nachfolger des Bundesentwicklungsministers Hans Jürgen Wischniewski vorgeschlagen worden war. Nun stellt sich heraus, daß der Kanzler weder seinem Amt noch sonst jemandem einen solchen Auftrag gegeben hat. Entsprechende Erkundigungen haben jedenfalls zu dieser Feststellung geführt.

Umso besser, denn es wäre ja auch merkwürdig gewesen, wenn irgendjemand in der CDU oder gar der Vorsitzende der CDU selbst versucht hätte, die Ernennung Dr. Epplers zum Bundesminister zu verhindern. Bekanntlich wurde es seinerzeit bei Bildung der Regierung der Großen Koalition als selbstverständlich erachtet, daß jeder Koalitionspartner die Persönlichkeiten seines Vertrauens in die Regierung schickte, ohne daß der andere Partner einen solchen Vertrauensbeweis der eigenen Parteifreunde durch irgendwelche Machenschaften zu unterminieren versuchte. Diese Methode hat sich - nach einigem Zähneknirschen auf beiden Seiten - als recht zweckmäßig erwiesen.

Dr. Eppler ist einer der jüngeren SPD-Bundestagsabgeordneten, der sich durch intensive Arbeit auf dem Gebiet der internationalen Politik und durch großes Wissen auszeichnet. Ebenso wie Bundesminister Hans Jürgen Wischniewski ist es eine Selbstverständlichkeit, daß Dr. Eppler die ihm zugedachte Aufgabe in der Bundesregierung entsprechend den Richtlinien erfüllt, die gemeinsam im Kabinett erarbeitet werden. Weder der eine noch der andere Koalitionspartner kann und will dieses Prinzip der Zusammenarbeit durchbrechen. Wenn das Nachrichtenmagazin in Bezug auf die Person Dr. Epplers einer falschen Information aufgesessen ist, wäre es gut, dies an der Stelle einzugestehen, an der die falsche Information veröffentlicht wurde. Im Kanzleramt würde man bestimmt ein solches Verhalten zu schätzen wissen.

Erfahrungen und Erfahrungsaustausch

Wenn Parlamentarier reisen...

Von Wolfgang Schwabe, MdB

Wenn Minister und andere führende Politiker - sei es im Urlaub zu Hause, sei es im Dienst in Bonn - ausländische Kollegen empfangen oder wenn dieselben Persönlichkeiten auf Urlaubs- oder Dienstreisen zu Gast bei führenden Männern des Auslandes weilen, so tun sie dies nicht um der privaten Geselligkeit willen, sondern in der selbstverständlichen und meist anstrengenden Ausübung der ihnen übertragenen Pflichten.

Nach derartigen Verhandlungen informieren die Politiker die Öffentlichkeit und halten ebenso in regelmässigen Besprechungen die Abgeordneten auf dem Laufenden. Bei den anschließenden Diskussionen stehen meist zwei Fragen im Vordergrund: Welche Rückschlüsse sind aus der geschilderten Situation zu ziehen? und: Decken sich die Erfahrungen und Rückschlüsse des Berichtenden mit den Eindrücken und Erfahrungen, die von anderen, insbesondere von den Abgeordneten selbst gewonnen wurden? Eine Zwischenbilanz vor Beginn der Sitzungsperiode erlaubt, diese Frage zu bejahen.

Wer sich selbst zum wichtigsten außenpolitischen Anliegen, zum Ost-West-Problem ein Bild zu machen suchte, der mußte bei allen Gesprächen im westlichen Ausland immer wieder feststellen, daß die Teilung Deutschlands bekannt und auch in ihrer neuralgischen Bedeutung registriert war. Ebenso eindeutig, wenn auch modifiziert, mußte man jedoch immer wieder hören, daß es vorrangig die Sache der Deutschen selbst sein müsse, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Selbst bei sehr wohlmeinenden Freunden war immer wieder zu verspüren, daß ein gesamtdeutsches politisches, wirtschaftliches oder gar militärisches Potential von 77 Millionen Einwohnern für unsere Umwelt keinen Wunschtraum, sondern eher einen Alptraum darstellt.

So wurde es immer deutlicher, daß die gewünschte Gemeinschaft nur in einem weit größeren Rahmen, dafür allerdings in weit lockerer Form anzustreben sei. Nicht gegen irgend jemand, sondern für alle

müßte die gesuchte Lösung brauchbar werden. Aber wie?

Ein Besuch in Moskau, eine Woche mit Gesprächen und Besichtigungen angefüllt, macht im eigenen Erleben den Rahmen des Möglichen etwas deutlicher als zuvor. Die relative Abgeschlossenheit der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Paktes verleitet fast zur Resignation. Andererseits freilich bringt der Fortschritt, speziell der wissenschaftliche Fortschritt, eine tägliche geistige Grenzüberschreitung mit sich. Der uns vor Augen geführte kommunale Aufbau braucht und sucht den internationalen Vergleich und damit ein gewisses Maß von Zusammenarbeit.

Weil sich die allmählich bessernden Lebensbedingungen der Menschen im kommunalen Aufbau und Ausbau manifestieren, wird gerade hier allerorten der Frieden gebraucht, seine Erhaltung täglich gewünscht. Die der gemeinschaftlichen Verständigung abträgliche geistige, politische und wirtschaftliche Autarkie hat im russischen Riesenreich bessere Voraussetzungen als in den kleineren Nachbarländern. In Ungarn macht man schon recht gerne Gebrauch vom privaten Hauseigentum und von der nichtstaatlichen Gewerbemöglichkeit, beides in bescheidenen Größenordnungen gewährt. Die Vielfalt politischer Auflockerungsversuche in der CSSR brauchen hier nicht dargelegt zu werden. Im Prager Rathaus wurde uns der Vorgang überzeugend, kühl, sachbezogen erläutert. Auf den Straßen eilten viele verständliche und ehrliche Wünsche den Ereignissen voraus. Nach dem Rauhref hat sich wiederum viel verändert. Trotzdem darf man begründet glauben, daß nicht alle Blüten zerstört sind, nicht alles vergeblich war.

Über Pfingsten hatte uns eine Konferenzwoche in Wien mit 100 Vertretern aus acht Ländern, darunter CSSR, Jugoslawien und Ungarn, viel aktives Bemühen, aber auch viel ernste Sorgen beim Ringen um den Weg "Von der Koexistenz zur Kooperation" erkennen lassen. Das gleiche Thema war den 60 Teilnehmern der britischen Wilton-Park-Konferenz im Juli gestellt. Sie waren aus elf verschiedenen Ländern zusammengekommen, um zwei Wochen lang Wege zu erörtern, die allen zumutbar und allen nützlich sein sollten. Die Meinungen waren nicht uniform, weder von Land zu Land noch innerhalb der einzelnen Delegationen. Und dennoch gab es abschließend nur eine Meinung: Niemand darf sich der täglichen Bemühung um den Frieden entziehen, niemand hat hierzu eine irgend vertretbare Alternative. Deutschlands Außenpolitik ist als richtig anerkannt. Sie soll auch bei uns irmer wieder erörtert, aber keinesfalls zerredet und ebenso wenig in Frage gestellt werden.

+ + +

Mauno Koivisto

Vom Hafenarbeiter zum Ministerpräsidenten Finnlands

Von Friedrich Ege, Helsinki

Als im Zusammenhang mit dem Beginn der neuen Amtsperiode des finnischen Staatspräsidenten am 1. März 1968 verfassungsgemäß die Regierung zurücktrat, wurde mit ihrer Neubildung der Sozialdemokrat Mauno Koivisto betraut, der in der vorigen Regierung als Finanzminister tätig war und dabei so stark hervorgetreten ist, daß er ab 1. Januar 1968 zum Chef der Bank von Finnland ernannt wurde. Doch nur drei Monate konnte er dieses Amt bekleiden, um nun als Ministerpräsident die Regierungsgeschäfte zu leiten. Die neue Regierung (6 Sozialdemokraten, 3 Volksdemokraten/Kommunisten, eine Sozialdemokratische Opposition, 5 Zentrumspartheiler (Bauernpartei) und ein Vertreter der Schwedischen Volkspartei) kann 165 von den 200 Mandaten des Parlaments aufbringen und besitzt dadurch eine stabile Grundlage für ihre Arbeit.

Der neue Ministerpräsident hatte von Anfang an weiteste Anerkennung gefunden: Durch seine fachlichen Kenntnisse im Wirtschaftsleben, durch seine von üblichen Traditionen unbelastete Persönlichkeit von hoher Intelligenz, durch sein selbständiges kritisches Denken und seinen weiten geistigen Horizont. Trotz seiner erst 45 Jahre besitzt er bereits die charakteristischen Merkmale eines Staatsmannes. Weithin wird er bereits als kommender Staatspräsident in Betracht gezogen - er wäre dann der erste sozialdemokratische Staatspräsident Finnlands.

Wer ist Dr. Mauno Koivisto, der eine solche Karriere vom Hafenarbeiter zum Ministerpräsidenten machen konnte? Der heute 45-jährige kommt aus einem - wie er selbst sagt - proletarischen, aber nicht sozialistischen Heim. Von 1945-48 arbeitete er in seiner Heimatstadt Turku/Abo als Zimmermann und bereitete sich nebenher auf die Reifeprüfung vor, die er 1949 ablegte; um die gleiche Zeit wurde er auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei. 1948-1951 war er zunächst Hafenarbeiter, dann Leiter des Hafenkontors, studierte ab 1949 an der Universität Helsinki neben seiner Arbeit, 1951-53 außerplanmäßiger Volksschullehrer, machte 1953 das Staatsexamen und seine Lizentiatenarbeit (Vorarbeit für die Doktordissertation), 1954-57 war er im städtischen Dienst der Stadt Turku, 1956 legte er seine Doktordissertation über die sozialen Bedingungen im Hafen von Turku vor, 1958-67 war er Direktor der Arbeitersparbank in Helsinki und war auch im Verwaltungsrat des Konsums "Elanto" und dann 1966/67 Finanzminister.

Gleich nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident suchte er zunächst die vier Brennpunkte des finnischen Wirtschaftslebens auf, um nach dem Rechten zu sehen, wobei er auch mit den Arbeitern über ihre Probleme diskutierte. Die Frage der Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit sind das schwierigste Problem des finnischen Wirtschaftslebens. Kürzlich wurde nun die erste eigene Auto-Industrie

Finnlands gegründet, die im kommenden Jahre schon mit der Produktion beginnen soll, im Anfang 15.000 Autos, die allmählich auf 30.000 gehen soll, auf Lizenz von Saab, wodurch 2.000 Personen Beschäftigung finden und in den ersten fünf Jahren 200 Millionen Mark Valuta eingespart werden; Hersteller sind die staatlichen Industriewerke Valmet in Tampere.

Auch bei den Tagungen des Nordischen Rates, wobei es nun vor allem um eine wirtschaftliche Union des ganzen Nordens geht, ist die Stimme des finnischen Ministerpräsidenten als Fachmann von großer Bedeutung.

Bei der Feier des 80-jährigen Bestehens der Arbeitervereinigung in Turku, wo Ministerpräsident Koivisto die Festrede hielt, sagte er u.a.: "Daß, wenn gesellschaftliche Veränderungen unmöglich gemacht werden, werden verborgene Kräfte sich in Dammbauten ansammeln, die zerbersten und schwierige Probleme verursachen können. Deshalb muß die gesellschaftliche Reorganisationsarbeit über all fortgesetzt werden. Nur so kann ein haltbarer Friede geschaffen werden und nicht dadurch, daß die Entwicklung verboten oder der Uhrzeiger zurückgedreht wird." Und weiter: "Die tatsächliche Grenzlinie zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus verläuft in Wirklichkeit bei der Auffassung über die Demokratie und die Diktatur des Proletariats sowie in der Einstellung zur Macht und ihrer Anwendung. Wenn die KP der Sowjetunion eine klare Grenzlinie gegen die Sozialdemokratie zieht, wird die Partei sich auch von den kommunistischen Parteien des Westens isolieren, denn diese brauchen die Zusammenarbeit mit anderen Linksparteien." -

Am 12. September 1968 richtete Ministerpräsident Koivisto in seiner politischen und wirtschaftlichen Übersicht vor dem sozialdemokratischen Parteirat einen kritischen Appell an die Privatunternehmen, sich ihrer Verantwortung zu besinnen: "Man hat soviel von der Bedeutung des Unternehmergeistes gesprochen. Nun ist es an der Zeit, auch über die Verantwortung der Unternehmen zu sprechen. Koivisto wies darauf hin, daß keine Regierung bisher in so kurzer Zeit so starke Anstrengungen gemacht habe, um die Voraussetzungen für den Unternehmergeist zu verbessern. Die Beschaffung zusätzlicher Arbeitsplätze aber sei trotz großer Anleihen an die Unternehmen erstaunlich gering gewesen, so daß der Staat einerseits die Unternehmertätigkeit unterstützen soll, aber gleichzeitig eine unverändert geblicbene große Anzahl von Arbeitslosen in irgendeiner Form beschäftigen müsse, während es zur Verantwortung der Privatunternehmen gehöre, effektiver als bisher dem Staat bei seinen Bestrebungen, die Beschäftigung zu fördern, beizustehen."

So kommt überall die klare soziale Einstellung von Ministerpräsident Koivisto und seine Entschlossenheit, ein umfassendes sozialpolitisches Programm auf der Linie des demokratischen Sozialismus als der positiven Alternative im großen Dilemma unserer Gegenwart durchzuführen, zum Ausdruck.

+ + +